

Berthold Busch

Der EU-Binnenmarkt

Anspruch und Wirklichkeit

Positionen

Beiträge zur Ordnungspolitik
aus dem Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Berthold Busch

Der EU-Binnenmarkt

Anspruch und Wirklichkeit



DEUTSCHER
INSTITUTS-VERLAG

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek.

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie. Detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-602-24136-1 (Druckausgabe)

978-3-602-45936-0 (PDF)

Herausgegeben vom Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2009 Deutscher Instituts-Verlag GmbH
Gustav-Heinemann-Ufer 84–88, 50968 Köln
Postfach 51 06 70, 50942 Köln
Telefon 0221 4981-452
Fax 0221 4981-445
div@iwkoeln.de
www.divkoeln.de

Druck: Hundt Druck GmbH, Köln

Inhalt

1	Einleitung	4
2	Entwicklung, Grenzen und Bedeutung des Binnenmarktes	5
3	Ausgewählte Problemfelder des Binnenmarktes	16
3.1	Die Dienstleistungsrichtlinie	16
3.2	Verteidigungswirtschaft	21
4	Staatliche Beihilfen	22
5	Rechtsverstöße	26
5.1	Vertragsverletzungsverfahren	26
5.2	Empirische Evidenz: Analyse der EuGH-Urteile	30
5.3	Spezialfall: Öffentliches Auftragswesen	35
6	Zusammenfassung und Ausblick	41
	Literatur	44
	Kurzdarstellung / Abstract	50
	Der Autor	51

1

Einleitung

In der Europäischen Union (EU) sind offene Märkte durch die sogenannten Grundfreiheiten des Binnenmarktes definiert. Dazu zählen neben dem freien Personenverkehr die Güter- und Kapitalverkehrsfreiheit sowie die Niederlassungs- und Dienstleistungsfreiheit, die bereits im Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG-Vertrag) von 1957 angelegt worden sind. Der Binnenmarkt ist eine der wichtigsten Errungenschaften der europäischen Integration und tragende Säule der EU.

In der Praxis stehen der Verwirklichung der Binnenmarktfreiheiten jedoch auch heute noch oft nichttarifäre Hemmnisse und andere staatliche Eingriffe in den Markt etwa in Form von Subventionen entgegen. Diese Hindernisse sind meist wenig transparent. Die Staaten verfolgen damit häufig den Zweck, ihre Märkte vor ausländischer Konkurrenz zu schützen und den eigenen Unternehmen Marktvorteile einzuräumen. Sie verstoßen damit freilich gegen Buchstabe und Geist des EU-Vertrags.

Die Diskussion um die Dienstleistungsrichtlinie hat gezeigt, wie vielfältig die Marktzugangsbeschränkungen innerhalb der EU sind. Es liegt in der Natur der Sache, dass diese Beschränkungen sehr intransparent sind. Bekannt werden sie allenfalls im Wege der anekdotischen Evidenz oder wenn sie der EU-Kommission angezeigt und somit aktenkundig werden.

Der folgende Beitrag untersucht den heutigen Zustand der Verwirklichung des Binnenmarktes. In einem ersten Schritt werden die Entwicklung, das Ausmaß und die Grenzen der Binnenmarktfreiheiten aufgezeigt (Kapitel 2). Dabei sind sowohl die Bemühungen des EU-Gesetzgebers um die Vollendung des Binnenmarktes als auch die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) zur Auslegung der Grundfreiheiten zu berücksichtigen. Diese eher abstrakten Ausführungen sollen im Folgenden an der Praxis gespiegelt werden. Kapitel 3 beschreibt zunächst zwei Problembereiche im Binnenmarkt, zum einen die Auseinandersetzungen um die Dienstleistungsrichtlinie und zum anderen die Märkte für Verteidigungsgüter. Kapitel 4 ist den Subventionen der Mitgliedstaaten gewidmet, weil staatliche Beihilfen ebenfalls das Funktionieren des Binnenmarktes stören können. In Kapitel 5 werden schließlich Informationen über Vertragsverletzungsverfahren zusammengetragen und ausgewertet.

Die EU-Kommission kann, wenn ein Mitgliedstaat gegen seine Pflichten aus dem EG-Vertrag verstößt und zum Beispiel die Binnenmarktfreiheiten verletzt,